

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N^o 49.

Erscheint jeden Wochentag Abends 1/2 7 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

37. Jahrgang.
Sonnabend, den 28. Februar.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Nachbestellungen

auf den Monat

März

werden zum Preise von 75 Pfennigen von allen kaiserlichen Postanstalten sowie von den bekannten Ausgabestellen und der unterzeichneten Expedition angenommen.

Expedition des Freiburger Anzeiger.

Die polnische Frage.

Während der Kultusetatsberathung des preussischen Abgeordnetenhauses, für welche durch die achtstägige Ruhepause des deutschen Reichstages ein möglichst breiter Raum beschafft wurde, hat die Polenfrage wieder eine Hauptrolle gespielt. Bei den scharfen Auseinandersetzungen über die Nichtbeziehung der Diözesen Köln und Posen ist kein weiteres Resultat erzielt worden als eine Verschärfung des Konflikts zwischen dem Centrum und dem jetzigen preussischen Kultusminister von Gossler durch eine ziemlich klare Darlegung der gegenseitigen Grundzüge. Es verdient aber jedenfalls bemerkt zu werden, daß der Minister den Klagen der Abg. von Stablewski und von Jagdzewski über die Behandlung der katholischen Geistlichen in der Provinz Posen weit energischer entgegentrat, als den Beschwerden des Abg. Wiefenbach über die traurigen Zustände in der Diözese Köln. Man ist schon von früher daran gewöhnt, daß die Polen die Kulturkampfdebatten benutzen, um ihre nationalen Phantasieen zur Geltung zu bringen. Dieses Mal trat aber auch der deutsche Führer des Centrums, Abg. Windthorst, so warm für seine polnischen Bundesgenossen ein, daß der enge Zusammenhang zwischen der antinationalen Richtung der welfischen und der polnischen Agitation dadurch ganz unzweifelhaft wurde. Schon am Montag wies der Minister von Gossler den von den polnischen Abgeordneten vorgebrachten Klagen gegenüber auf die erhebliche Besserung der Seelsorgezustände hin und betonte, daß polnische katholische Geistliche wiederholt in unzulässiger Weise die Wiederherstellung des Königreichs Polen als allseitige Hoffnung hingestellt hätten. Noch schärfer äußerte sich der Minister darüber am Dienstag, nachdem der Abg. von Jagdzewski die revolutionäre Thätigkeit der polnischen Geistlichkeit in Abrede zu stellen versucht hatte. Während die klerikalen Redner ihre ganze Beredsamkeit aufboten, um den abgelehnten Erzbischof von Gnesen und Posen, den Grafen Ledochowski, gegen den Vorwurf einer deutschfeindlichen Agitation in Schutz zu nehmen, blieb der preussische Kultusminister dabei, daß die polnische Geistlichkeit, von Rom aus durch ihren früheren Oberhirten Ledochowski dirigirt, in Posen die nationale Agitation leite. Die Belege für diese Behauptung holte sich Herr v. Gossler zumeist aus den polnischen Kundgebungen in der Presse und in verschiedenen Versammlungen.

Der Centrumsführer Windthorst unterstützte dagegen die Polen eifrig bei ihren Versicherungen, daß ihr Klerus keine nationalpolnischen Zukunftspläne fördere und daß von demselben keine Beziehungen mit Rußisch-Polen gepflegt würden. „Geben Sie den Polen und uns Allen Gerechtigkeit!“ rief der erwähnte Abgeordnete mit pathetischem Schwung, „die Regierung muß doch wahrnehmen, daß sie mit Gewalt nichts ausrichtet!“ Aus der Mitte des Reichstages versuchte ein einziger freikonserverativer Volksvertreter, der Abg. von Tiedemann-Bomst, dem hannoverschen Exminister klar zu machen, welche antinationale Gesinnung dazu gehöre, derart für Interessen zu wirken, welche dem Interesse Deutschlands und Preussens schnurstracks zuwiderlaufen. Während aber die Bemerkungen v. Tiedemanns vom Centrum und dessen Verbündeten mit lautem Hohn aufgenommen wurden, fand die Mehrheit des Hauses unverkennbares Wohlgefallen an den maßlosen Motiven Windthorsts und den von ihm verpönten moralischen Grundzügen, die nach seiner Darstellung von dem preussischen Staat und dem deutschen Reich immer dann verletzt werden, wenn klerikale Interessen in's Spiel kommen. Derartige Injurationen sind nicht zu unterschätzen, denn sie machen sehr leicht auf den harmloseren Theil der Bevölkerung einen tiefen Eindruck. Wird dem Volkskörper das Gift solcher Verleumdungen Jahre hindurch eingepflegt, so können die Folgen der aufregenden Kulturkampfs- und Bolendebatten sich gerade dann fühlbar machen, wenn sich das Deutsche Reich wieder einmal einer kritischen auswärtigen Lage gegenüber befindet.

Es wäre ungerecht, zu leugnen, daß die preussische Regierung die kirchenpolitischen Gesetze in den polnischen Distrikten straffer handhabte als in anderen katholischen Provinzen Preussens. Thatsächlich zeigte auch der Kultusminister von Gossler nirgend größere Energie als bei der Behandlung der polnischen Frage. Während es die preussische Regierung an Entgegenkommen bezüglich der kirchlichen Beschwerden nirgend fehlen ließ, blieb sie in der polnischen Frage beharrlich fest und ließ sich weder etwas abtrotzen noch ablocken. Wäre sie aber anders vorgegangen, so würde sie gegen ihr eigenes Interesse gehandelt und selbst dazu beigetragen haben, eine preussische Provinz dem Deutschthum zu entfremden und dieselbe zu polonisiren. Wohin die Gutmüthigkeit des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Taaffe seinen polnischen Freunden in Galizien gegenüber geführt hat, davon zeugt die jetzige Zerrüttung in der national-kerikalen Regierungsmajorität des österreichischen Abgeordnetenhauses. Die fortwährenden Zugeständnisse an die immer anspruchsvoller werdenden polnischen Abgeordneten wurden selbst den klerikalen deutschösterreichischen Volksvertretern schließlich zu bunt. Die preussische Regierung ist nicht kühn darnach, ähnliche Erfahrungen mit den Polen zu machen, wie Graf Taaffe.

Von Anfang an spielte die nationalpolnische Agitation der Geistlichkeit in der Provinz Posen eine hervorragende Rolle in dem kirchenpolitischen Kampfe. Als zu den Zeiten des Kultusministers Falk der Polonisirung preussischer Gebietstheile von Amtswegen ein Ende gemacht wurde, ermittelte man erst vollständig, wie weit dabei der nationale Schaden bereits gediehen war und nun ging man mit jenen Schutzmaßregeln vor, in welchen der polnische Klerus jetzt eine so große Bedrückung erblickt. Der ehemalige Erzbischof Cardinal Ledochowski trat diesen Maßregeln von Anfang an offen entgegen und soll, nach Ansicht der preussischen Regierung, dieselben auch heute noch von Rom aus bekämpfen und die Fäden der ganzen polnischen Propaganda in den Händen haben. Ueber einen Nachfolger dieses streitbaren Kirchenfürsten hat bisher gerade deshalb keine Verständigung zwischen der römischen Kurie und der preussischen Regierung erzielt werden können, weil die letztere eine persönliche Garantie dafür fordert, daß der neue Oberhirt nicht ebenso wie Graf Ledochowski für die Wiederherstellung des Königreichs Polen arbeite. So ist die Frage der Belegung der Posener Diözese weit mehr politischer und nationaler als kirchlicher Natur und es ist wenig verständlich, wie ein guter Deutscher bei dieser Frage der preussischen Regierung entgegenarbeiten kann.

Diese Angelegenheit ist für ganz Deutschland hochwichtig und um so ernster, als die anfangs rasch fortschreitende Germanisirung der Provinz Posen in letzter Zeit ganz zum Stillstand gekommen ist und sich neuerdings sogar ein bedenkliches und für die deutsche Bevölkerung nicht gerade erfreuliches Ueberhandnehmen des polnischen Elements in Schlesien und Westpreußen bemerkbar macht. Seitdem die russische Regierung den polnischen Velleuten die Erwerbung von Gütern in Litthauen und Wolhynien durch besondere Verordnungen erschwert hat, wird es den Deutschen in der Provinz Posen sehr schwer, Landeigentum zu erwerben und den deutschen Arbeitern in Westpreußen machen es wiederum die dortigen agrarischen Verhältnisse unmöglich, sich mit ihren Ersparnissen anständig zu machen. Das vermehrt die Auswanderung nach Amerika und die entstehenden Lücken werden durch den Zuzug der genügsamen polnischen Arbeiter ausgefüllt, die bei den gebotenen fargen Löhnen sich immer noch besser stehen als in ihrer früheren Heimath. Auf solche Weise wird jetzt auch Westpreußen polonisirt und giebt es dort Gemeinden, wo vor 10 Jahren zwei Drittel Deutsche und ein Drittel Polen wohnten und jetzt das umgekehrte Verhältniß herrscht; ferner kleine deutsche Städte, wo sonst kein polnisches Schild zu finden war und jetzt polnische Metzger, Rechtsanwälte, Kaufleute und Handwerker ihren Wohnsitz haben. Dagegen läßt sich wenig einwenden, wenn die Polen nicht wie die meisten Slaven unduldsam wären und durch ihre Herrschsucht das patriotische Gefühl der deutschen Bevölkerung bei jeder Gelegenheit verletzten. Solchen Verhältnissen gegenüber kann die preussische Regierung nicht anders handeln, wie sie es bisher gethan hat. Das Centrum nützt dem kirchlichen Frieden sicher nicht, wenn es mit den kirchlichen Streitfragen die Polenfrage vermenget, welche dem im Interesse des inneren Friedens in Deutschland so wünschenswerthen Ausgleich zwischen Rom und Berlin im Grunde bisher hinderlich war und noch ist.

Tageschau.

Freiberg, den 27. Februar.

Der deutsche Reichskanzler, Fürst Bismarck, sprach in der gestrigen Schlußsitzung der Afrikanischen Konferenz seine Befriedigung über die erzielte Einigung aus und gab dann eine kurze Zusammenfassung des nunmehr glücklich durchgeführten Konferenzprogramms. Der Reichskanzler zollte insbesondere hohe Anerkennung dem versöhnlichen Geiste, in welchem die Verhandlungen geführt wurden, bezeichnete den neuen Kongostaat als eine der werthvollsten Stützen für den Bestand des Wertes der Konferenz und sprach im Namen Sr. Majestät des Kaisers den Dank an alle Bevollmächtigten aus. Namens der Letzteren dankte Graf Launay, indem er die großen Verdienste des Fürsten Bismarck um den Erfolg der Konferenz hervorhob. Alsdann theilte der Reichskanzler mit, daß die internationale Kongogesellschaft den Beschlüssen der Konferenz beigetreten und die betreffenden Schriftstücke von deren Präsidenten, dem Oberst Strauch, unterschrieben seien. Hierauf wurden 14 Vertragsdokumente unterzeichnet und dann am Schluß der Konferenz wurde der inzwischen erschienene Oberst Strauch allseitig beglückwünscht. Der König von Belgien hatte an den deutschen Kanzler ein Schreiben gerichtet, welches diesem den herzlichsten Dank ausdrückt für die großen Dienste, welche er durch Einberufung der Konferenz der Zivilisation in Afrika geleistet habe.

Im preussischen Abgeordnetenhaus entspann sich gestern über den Antrag des Abg. Dr. Stern (Frankfurt a. M.), den Gehalt für den Professor der Dermatologie (Hautlehre) an der Berliner Universität zu streichen, eine längere Debatte. Abg. Stern begründete seinen Antrag, indem er scharf hervorhob, daß das wissenschaftliche Verdienst des mit dieser Professur betrauten Münchener Arztes, Dr. Schwenninger, nicht in dem Fach läge, wofür er ausersuchen wurde. Der Redner wies ferner auf die Bestimmung hin, wonach Niemand in Preußen als Lehrer angestellt werden kann, dessen Leben nicht makellos ist. „Der Minister hat anerkannt“, schloß der Abg. Stern, „daß wir einen Mann mit einem sittlichen Defekt vor uns haben. Der hat sich ein gewisses Verdienst erworben, das nicht bestritten werden soll. Auf Grund dieses Verdienstes hat dieser Mann eine Rehabilitation in einer Weise ertrögt an maßgebender Stelle, wobei der Geist und der Wortlaut unserer Verfassung verletzt wird. Es fragt sich jetzt, sollen die Volksvertreter sich diese Rehabilitation in dieser Form auch abtrotzen lassen! Sollen wir durch das laudimische Joch gehen, durch das andere schon durchgegangen sind? Ich glaube, wir beantworten diese Frage mit einem entschiedenen Nein!“ Hierauf erklärte sich der Abg. v. Rauchhaupt für die Bewilligung, da persönliche Motive hinter den sachlichen zurücktreten müßten. Abg. Windthorst erklärte, sich der Abstimmung zu enthalten. Abg. Prof. Dr. Virchow sprach gegen die Bewilligung, da man bei dem ganzen Verfahren vom dem üblichen Herkommen abgewichen sei und der Landtag ferner durch Bewilligung der Forderung ein Placet ausspreche, das er nicht verantworten könne. Dagegen fand Abgeordneter v. Zedlitz-Neuhirch keinen sachlichen Grund für die Ablehnung. Abg. Prof. Dr. Hänel meinte, daß durch die Anstellung eines Beamten mit nicht tadellosem Lebenswandel das Gesetz verletzt werde. Der Landtag habe das verfassungsmäßige Recht, zu fragen, wie die Stellen besetzt werden und daraus das Motiv zur Ablehnung zu entnehmen. Die national-liberalen Abgg. Graf und Hübner sprachen für die Bewilligung, da der Landtag bei der Belegung der Stellen nicht mitzureden habe. Darauf wurde die Position bei namentlicher Abstimmung mit 190 gegen 149 Stimmen genehmigt; dagegen stimmten die Freisinnigen, die Polen und der größte Theil des Centrums. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erledigte das Abgeordnetenhaus noch die Etatstitel „für Universitäten“ bis einschließlich „Universität Münster“ nach den Kommissionsanträgen. Nur eine Beschwerde des Abgeordneten Langerhans über die Behandlung des liberalen akademischen Vereins durch den Universitätsrichter veranlaßte eine kurze Debatte, bei welcher Abg. Reichensperger-Köln die Einführung bestimmter Examina empfahl, um zu kontrolliren, ob die Studirenden auch ihren Studien mit Fleiß obliegen. Für die sittliche Erziehung der Studenten sei eine kleine Stadt viel besser als Berlin. „Die Studenten“, jagte der ultramontane Abgeordnete, „sollten weder liberale noch nationale, sondern rein wissenschaftliche Vereine bilden.“ — Das preussische Herrenhaus genehmigte gestern den Rest der Kreisordnung für Hessen-Nassau und denjenigen der Provinzialordnung nach den Kommissionsanträgen. Die Anträge auf Gewährung von Virilstimmen für fürstliche Familien in der Bezirksvertretung wurden vom Minister von Puttkamer bekämpft und von dem Hause schließlich abgelehnt. Die in